

Nachhaltig, sozial gerecht, vor Ort.

Impulse zur Bundestagswahl 2017 aus der
Sicht der entwicklungspolitischen Bildungs-
und Inlandsarbeit

Impressum

| | |
|---------------------------|---|
| Autorenschaft: | Die hier vorgestellten Impulse zur Bundestagswahl entstammen den Diskussionen in den Fachforen der agl. |
| Herausgeberin: | agl – Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland e.V. Am Sudhaus 2, 12053 Berlin, www.agl-einewelt.de |
| Erscheinungsdatum: | April 2017 |

Bundestagswahl 2017: Impulse der agl aus Sicht der entwicklungspolitischen Bildungs- und Inlandsarbeit

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Dachverband der 16 Eine Welt- Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht. Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit ist ein zentrales Arbeitsfeld der Eine Welt-Landesnetzwerke und leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern. Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerken sind die Professionalisierung, die Vernetzung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Gruppen, Initiativen und Vereine.

Zum Hintergrund dieses Impulse-Papiers:

*Fach- und Arbeitskreise der agl haben sich im Vorfeld der Bundestagswahl 2017 mit zentralen Fragen zur Nachhaltigkeitspolitik auf Bundesebene auseinandergesetzt und den Diskussionsstand in dem vorliegenden Dokument zusammengetragen und in sieben Themenbereichen gebündelt. Die dabei entstandenen Anregungen, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit haben, verstehen wir als Impulse aus der Eine Welt-Arbeit in Deutschland, in die Perspektiven von zahlreichen Praktiker*innen von Projekten, Initiativen, Vereinen und Gruppen vor Ort eingeflossen sind. Diese stellen wir mit dem vorliegenden Dokument bundespolitischen Akteur*innen und Parteien zur Verfügung und wünschen uns, dass sie in die Wahlprogramme der Parteien und in den Koalitionsvertrag der kommenden Bundesregierung einfließen.*

*Die agl erwartet von den politischen Parteien und ihren Kandidat*innen für die Wahl zum Deutschen Bundestag 2017 einen sachorientierten, fairen und respektvollen Wahlkampf. Die Ächtung von Respektlosigkeit, Beleidigungen, Verleumdungen, Fake-News, Aggressionen gegen Migrant*innen, Rassismus, Diskriminierung und Ähnlichem ist für uns ein unabdingbares Merkmal einer demokratischen Partei.*

Kurz und knapp: Unsere Impulse im Überblick

1. (Globales) Lernen für die Weltgesellschaft

Globales Lernen als pädagogische Antwort auf die Globalisierung will mit Bildungsarbeit zu einer globalen Transformation im Sinne globaler Gerechtigkeit und ökologischer Nachhaltigkeit beitragen. Aktive im Globalen Lernen wollen mit ihrer schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit Menschen fit machen für die Herausforderungen und Chancen der Globalisierung und somit Wissensgrundlagen für die globale Transformation fördern.

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

- Eines der wesentlichen Instrumente der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeiten ist das zivilgesellschaftliche, von Bund und Ländern geförderte Eine Welt-Promotor*innen-Programm. Mit diesem wird das Globale Lernen weiter in die Fläche gebracht. Daher sollte das Eine Welt-Promotor*innen-Programm weiter gefördert und ausgebaut werden.
- Das Ziel, Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung, stärker zu fördern, sollte im Koalitionsvertrag verankert werden. Dabei sollten Perspektiven globaler Interdependenzen und globaler Gerechtigkeit Leitgedanken sein.
- Zivilgesellschaftliche Expertisen und Netzwerke sollten konsequent in Planungs- und Umsetzungsprozesse einbezogen werden.
- Mehr Förderungen „vom Projekt zur Struktur“.
- Die intensivierte Förderung des Globalen Lernens und der Perspektive globaler Gerechtigkeit sollten im Koalitionsvertrag verankert werden.
- Rassismuskritische, diversitätssensible Bildungsarbeit und die verstärkte Einbeziehung von migrantisch-diasporischen Gruppen und Expert*innen sollten verstärkt gefördert werden.
- Globales Lernen soll im formalen und nonformalen Bildungssystem sowie in der Erwachsenen- und außerschulischen Jugendbildung stärker verankert werden. Es soll bundesweit Thema in der Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen sein. Es soll zu einem Handlungsfeld mit klaren Verantwortlichkeiten in den relevanten Ministerien und nachgeordneten Behörden werden. Der Bund sollte hierfür im Dialog mit den Bundesländern Impulse setzen, diese unterstützen und Rahmenbedingungen verbessern.
- Es sollten ernsthafte Schritte zur Erreichung der UNDP-Empfehlung, drei Prozent der ODA für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit auszugeben, gegangen werden.
- Dafür wäre eine Aufstockung der Förderung entwicklungspolitischer Bildung im Bundeshaushalt auf 50 Mio. EUR pro Jahr ein erster Schritt - bis die Zielmarke erreicht ist.

2. Konsum, Handel und öffentliche Beschaffung fair und nachhaltig gestalten

Eine zukunftsfähige, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung erfordert eine grundlegende Änderung unserer Wirtschaftsweise. Wir brauchen eine Kehrtwende hin zu einer demokratisch gestalteten und am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie einer Handelspolitik, die sich an globaler Gerechtigkeit, Langfristigkeit und Partnerschaft orientiert.

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

- Verbindliche und nachprüfbare Einhaltung sozial-ökologischer Kriterien in der öffentlichen Beschaffung etablieren
- Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten von Unternehmen gesetzlich verankern und diese bei Unternehmen mit Bundesbeteiligung verpflichtend einzusetzen
- Beteiligung der Bundesregierung an den Verhandlungen zu einem UN Binding Treaty für Wirtschaft und Menschenrechte

- Internationale Handelsabkommen sozial gerecht gestalten, mit menschenrechtlicher Folgeabschätzung
- Aussetzung der europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit afrikanischen Ländern oder Regionen

3. Umwelt und Klima: Nachhaltigkeit ohne fossile Rohstoffe

Deutschland hat mit der Agenda 2030, ihren globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) und dem UN-Klimaabkommen in Paris (SDG-Ziel 13) ambitionierte Dokumente unterzeichnet. Zur Umsetzung der SDGs wurden mehrere Prozesse gestartet, so der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (Ziel 8, 9 und 12) und der Nationale Aktionsplan Nachhaltiger Konsum (SDG-Ziel 12). Andere Entscheidungen der bisherigen Bundesregierung hingegen, etwa der Bundesverkehrswegeplan, der Ausbau der industriellen Landwirtschaft oder das Fehlen eines Ausstiegsplans aus der Kohleverstromung, stehen der Umsetzung entgegen.

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

- Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2035, bis 2025 muss die Hälfte der Kapazitäten abgebaut werden
- Stopp der in Bau oder Planung befindlichen Kohlekraftwerke
- Keine Finanzierung oder Beratung der in Bau oder Planung befindlichen Kohlekraftwerke durch Bundesmittel (kfw, GIZ u.a.)
- Absolute Senkung des Rohstoffverbrauchs unter anderem durch Effizienzsteigerungen, Suffizienzbemühungen und Lenkungssteuern
- Stopp aller Vorhaben zum Abbau mineralischer Ressourcen in der Tiefsee
- Strenge Begutachtung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte und der EU-Konfliktmineralien-Verordnung bei deren geplanten Überprüfung
- Transparente Strukturen in der deutschen Rohstoffpolitik statt privilegiertem Zugang für die Industrie und verstärktes Engagement gegen Steuervermeidung im Rohstoffsektor

4. Migration und Entwicklung

Migration stellt den Normal- und nicht den Ausnahmezustand europäischer Gesellschaften dar. Vor diesem Hintergrund sind migrantisch-diasporische Selbstorganisationen und politisch aktive Menschen mit Migrationsbiographie fester Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland.

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

- Stärkere Förderung von Bildungs- und Informationsmaßnahmen zum Abbau von Vorurteilen und Rassismus
- Entwicklungspolitik nicht zur Migrationsabwehr instrumentalisieren
- Gleichberechtigte Partizipation und Einbindung von migrantisch-diasporischen Organisationen in der inländischen Entwicklungszusammenarbeit weiter vorantreiben
- Internationale Partnerschaften auf Augenhöhe gestalten
- Global Citizenship Education und die Perspektiven aus dem Globalen Süden noch stärker einbeziehen

5. Partizipation und Zivilgesellschaft stärken

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen spielen in der Großen Transformation und in der Umsetzung der Agenda 2030 eine entscheidende Rolle. Tiefgreifende Veränderungen werden nur mit Beteiligung der Bürger*innen an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen umsetzbar sein. Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

- Frühzeitige Analyse, welche Zielindikatoren der Agenda 2030 nicht erreicht werden können
- Weiterentwicklung von Zielindikatoren in partizipativen Prozessen

- Darauf aufbauend weitere politische Maßnahmen
- Systematische und kontinuierliche Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure im geplanten „Forum Nachhaltigkeit“ im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie
- Verankerung des Engagements für nachhaltige Entwicklung im Gemeinnützigkeitsrecht
- Einführung verbindlicher Regelungen für Partizipations- und Konsultationsprozesse
- Förderung und Finanzierung von öffentlichen, bundesweiten Dialogprozessen über die Fortschrittsberichte

6. Internationale Kooperationen und Partnerschaften auf Augenhöhe

Globale Krisen erfordern globale Lösungsansätze. Zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit, die sich für nachhaltige Entwicklung und globale, soziale und ökologische Gerechtigkeit einsetzen, spielen hierbei eine wichtige Rolle. Die Unterstützung internationaler Partnerschaftsarbeit ist auch ein Mittel gegen Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus.

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

- Mehr Bereitschaft, von guten Ansätzen in den Ländern des Südens zu lernen. Ziel 17 der SDGs ist mehr als wirtschaftliche Zusammenarbeit!
- Schaffung und zuverlässige finanzielle Ausgestaltung von Strukturen zur Beteiligung der Zivilgesellschaft an internationalen Debatten und Projekten zu den SDGs und der Agenda 2030
- Unterstützung der Visabewilligung für Reisen im Rahmen internationaler Partnerschaften und diesbezügliche Verbesserung der Zusammenarbeit mit Partnerländern
- Weitere und stärkere Förderung internationaler Partnerschaften in Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen und Verwaltung als Ideenräume für nachhaltige Lösungen globaler Probleme

7. Regionale Strukturentwicklung

Um globalen Herausforderungen wie Klimawandel und sozialer Ungerechtigkeit zu begegnen und Ressourcen effektiv zu nutzen, dürfen ländliche Regionen nicht abgehängt und Stadt und Land sollten zusammengedacht werden. Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

- Förderung polyzentrischer Stadt- und Raumstrukturen, Ausbau ländlicher Infrastruktur
- Förderung zivilgesellschaftlicher und politischer Akteur*innen in strukturschwachen Regionen
- Förderung von Vernetzungsprozessen im ländlichen Raum sowie zwischen Stadt und Land. Das Eine Welt-Promotor*innen-Programm und die Landesnetzwerke sollten als Bindeglieder zu zivilgesellschaftlichen Akteur*innen stärker einbezogen werden, derzeit vor allem bei den regionalen RENN-Stellen im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie
- Finanzierung von Aufbaumaßnahmen zivilgesellschaftlicher Strukturen inkl. Personal und Räumlichkeiten
- Erleichterter Zugang zu Fördermitteln für Kleinstprojekte und Aktionen
- Die stärkere Einbeziehung polyzentrischer Ansätze in die Entwicklungszusammenarbeit

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| 1. (Globales) Lernen für die Weltgesellschaft | 8 |
| Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) | 8 |
| Subsidiaritätsprinzip | 9 |
| Vom Projekt zur Struktur | 9 |
| Rassismuskritische Bildungsarbeit | 9 |
| Evaluation der Verankerung von Globalem Lernen | 9 |
| Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Netzwerke | 9 |
| Verankerung in den 16 Bundesländern / klare Verantwortlichkeiten | 10 |
| Mehr Geld für entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland | 10 |
| 2. Konsum, Handel, öffentliche Beschaffung - fair und nachhaltig | 11 |
| Handelsabkommen gerecht gestalten | 11 |
| Europäische Wirtschaftsabkommen (EPAs) aussetzen | 11 |
| Öffentliche Beschaffung konsequent nach sozial-ökologischen Kriterien | 12 |
| Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verbindlich verankern | 12 |
| Verpflichtung von Unternehmen mit Beteiligung des Bundes | 12 |
| Reduzierte Mehrwertsteuer und Gewährleistungspflichten | 12 |
| 3. Umwelt und Klima: Nachhaltigkeit ohne fossile Rohstoffe | 14 |
| Energie und Klima | 14 |
| Rohstoffe | 14 |
| 4. Migration und Entwicklung | 15 |
| Entwicklungspolitik darf nicht zur Migrationsabwehr instrumentalisiert werden | 15 |
| Bildungs- und Informationsmaßnahmen | 15 |
| Internationale Partnerschaften auf Augenhöhe | 16 |
| Global Citizenship Education | 16 |
| (Kommunales) Wahlrecht und Staatsbürgerschaft | 16 |
| 5. Partizipation und Zivilgesellschaft stärken | 17 |
| Nachhaltigkeitsstrategie politisch wirksam und partizipativ gestalten | 17 |
| Gemeinnützigkeitsrecht und Grundgesetz | 17 |
| Einführung von verbindlichen Regeln für Partizipation | 18 |
| 6. Internationale Kooperationen und Partnerschaften auf Augenhöhe | 19 |
| Förderung internationaler Partnerschaften und Debatten | 19 |
| Verbesserungen in der Erteilung von Visa | 19 |
| 7. Regionale Strukturentwicklung | 20 |
| Förderung polyzentrischer Stadt- und Raumstrukturen | 20 |
| Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in strukturschwachen Regionen | 20 |

1. (Globales) Lernen für die Weltgesellschaft

Globales Lernen ist als pädagogische Antwort auf die Globalisierung aus der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit heraus entstanden. Es hilft Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, sich in der heutigen Welt zu orientieren. Globales Lernen will als wertorientierter und pädagogischer Ansatz zu einer globalen Transformation im Sinne globaler Gerechtigkeit, der Verwirklichung von Menschenrechten, Frieden, Nachhaltigkeit, der Akzeptanz vielfältiger Identitäten und Lebensentwürfe und eines guten Lebens für alle Menschen beitragen. Globales Lernen trägt dazu bei, Menschen zu befähigen, Gesellschaft im Sinne weltbürgerlicher Verantwortung aktiv mitzugestalten und fördert das Verständnis globaler Zusammenhänge, der eigenen Rolle darin sowie historischer und struktureller Ursachen globaler Ungleichheit. Als bundesweiter Dachverband vereint die agl 16 Eine Welt-Landesnetzwerke mit ihren zahlreichen Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nicht-regierungsorganisationen, die vielfältige Angebote im Globalen Lernen anbieten: Workshops, Projektstage, Fortbildungen, Stadtführungen, Schulentwicklungsprozesse, Information & Beratung, Volkshochschulkurse, Uni-Seminare, Trainings, Fachgespräche, Podiumsdiskussionen, Tagungen & Kongresse – zu Themen wie: Weltwirtschaft und Fairer Handel, Flucht und Migration, Kinderrechten, Klimawandel, Postwachstum und Ressourcengerechtigkeit.

*Im Verbund mit anderen Bildungskonzepten, u.a. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE), politische Bildung, Diversitätsbildung, Friedenspädagogik, Medienpädagogik und Verbraucher*innenbildung – trägt das Globale Lernen dazu bei, die globale Zukunft friedlich und lebenswert für die eigene und für nachfolgende Generationen zu gestalten. Einen wichtigen Bezugsrahmen stellt das UNESCO-Weltaktionsprogramm „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ dar. Dieses soll, gemeinsam mit der UNESCO-Bildungsagenda 2030, wesentliche Beiträge zur Agenda 2030 und deren Kernstück, den SDGs, leisten und langfristig eine systemische Veränderung des Bildungssystems bewirken. Die SDGs betonen die Relevanz von Bildungsansätzen wie dem Globalen Lernen, Global Citizenship Education und Menschenrechtsbildung. Ziel 4 fordert eine inklusive, gerechte und hochwertige Bildung sowie lebenslanges Lernen für alle. Bis 2030 soll sichergestellt sein, dass alle Lernenden das Wissen und die Kompetenzen erhalten, um eine nachhaltige Welt mit zu gestalten. Priority 3 der UN Global Education First Initiative des UN-Generalsekretärs fordert „Education must be transformative and bring shared values to life. It must cultivate an active care for the world and for those with whom we share it.“ BNE-Aktivitäten sollen sich dabei vom „Projekt zur Struktur“ entwickeln. In Deutschland soll Mitte 2017 der Nationale Aktionsplan für die BNE verabschiedet werden.*

*Politische Entscheidungsträger*innen sollten auf die stetig wachsende Bedeutung des Globalen Lernens und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit im Inland reagieren und wachsende und zuverlässige finanzielle Förderungsangebote schaffen.*

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

Globales Lernen und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

- Eines der wesentlichen Instrumente der entwicklungspolitischen Inlands- und Bildungsarbeiten ist das zivilgesellschaftliche, von Bund und Ländern geförderte, Eine Welt-Promotor*innen-Programm. Mit diesem wird das Globale Lernen weiter in die Fläche gebracht. Daher sollte das Eine Welt-Promotor*innen-Programm weitergefördert und ausgebaut werden.

- Die Verankerung von Globalem Lernen und BNE im Koalitionsvertrag der Bundesregierung mit dem Ziel, die Perspektive globaler Gerechtigkeit darin zu stärken. Dabei sollen die bestehenden zivilgesellschaftlichen Expertisen und Netzwerke des Globalen Lernens einbezogen werden.
- Die Schaffung der strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine gemeinwohlorientierte, inklusive Bildung und lebenslanges Lernen. Das Ziel, würdevolle Lebensverhältnisse für alle Menschen zu schaffen, sollte dabei in den Mittelpunkt von Bildungsarbeit gestellt werden.

Subsidiaritätsprinzip

Bei der Vergabe der Gelder muss das Subsidiaritätsprinzip gelten, um eine systematische Benachteiligung kleiner und mittelgroßer zivilgesellschaftlicher NRO gegenüber großen, insbesondere staatlichen Durchführungsorganisationen zu vermeiden.

Vom Projekt zur Struktur

Entwicklungen von der Projektförderung hin zu Strukturförderung und institutioneller Förderung für langjährig bewährte Projektträger sollten gestärkt und besonders gefördert werden.

Rassismuskritische Bildungsarbeit

Besondere Förderung rassismuskritischer Bildungsarbeit: Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen und eines zunehmenden Rassismus, sollte die Förderung von rassismuskritischer, sowie diversitätsfördernder und -sensibler Bildungsarbeit im Kontext des Globalen Lernens stärker gefördert werden. Insbesondere sollten Vereine und Organisationen, die über langjährige Erfahrungen im Bereich der antirassistischen Bildungsarbeit verfügen, sowie diejenigen Akteur*innen die rassismuserfahren sind, eine besondere Unterstützung erhalten.

Evaluation der Verankerung von Globalem Lernen

In formaler und non-formaler Bildung sollten Überprüfungsinstrumente eingerichtet werden, um zu messen, inwiefern BNE und Globales Lernen innerhalb eines bestimmten Zeitraums in den verschiedenen Bildungsbereichen verankert werden konnten, welche Prozesse, Maßnahmen und Instrumente befördernd gewirkt haben und wo es weiteren Handlungsbedarf gibt.

Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und Netzwerke

Zivilgesellschaftliche Gruppen und Netzwerke sind als zentrale Akteur*innen für die Verankerung der BNE und des Globalen Lernens konsequent einzubeziehen.

Die politische Beteiligung der Zivilgesellschaft an Nachhaltigkeits- und Bildungsfragen auf Bundesebene sollte gewährleistet werden und systematische und vergütete Partizipation der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen (agI, der Eine Welt-Landesnetzwerke und deren Mitgliedsgruppen u.a.) konsequent sichergestellt werden. Zivilgesellschaftliche Akteur*innen sollen auf Bundesebene in den einschlägigen Gremien (Steuerungs-, Arbeitsgruppen, „Runde Tische“ etc.) vertreten sein und gemeinsam mit Vertreter*innen aus Bildungs-/Kultusministerien sowie allen weiteren relevanten Ressorts (u.a. Wirtschafts-, Finanz-, Sozialministerium) BNE-Visionen und Umsetzungsstrategien entwickeln und diskutieren (z.B. Umsetzung der SDGs; WAP BNE; Orientierungsrahmen für den Lernbereich Globale Entwicklung). Die kontinuierliche Gremienmitarbeit ist durch die Übernahme von Fahrtkosten sowie durch das Zahlen von Aufwandsentschädigungen für Beratungsleistungen sicher zu stellen. Nur so können Zugänge für ehrenamtlich arbeitende NRO insbesondere z.B. migrantisch-diasporische Vereine geschaffen werden.

Verankerung in den 16 Bundesländern / klare Verantwortlichkeiten

Globales Lernen soll im formalen und nonformalen Bildungssystem sowie in der Erwachsenen- und außerschulischen Jugendbildung stärker verankert werden. Es soll bundesweit Thema in der Aus- und Fortbildung von Lehrer*innen sein. Globales Lernen soll zu einem Handlungsfeld mit klaren Verantwortlichkeiten in den relevanten Ministerien und nachgeordneten Behörden werden. Des Weiteren sollten die Länder an jeder Schule Ansprechpartner*innen für Globales Lernen einsetzen. Der Zugang von NRO zu Schule und außerschulischen Bildungsinstitutionen muss durch gezielte Instrumente (z.B. Rahmenvereinbarungen, Anreizsysteme) erleichtert werden. Der Bund sollte im Dialog mit den Bundesländern Impulse setzen, diese unterstützen und Rahmenbedingungen verbessern.

Mehr Geld für entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland

Die finanzielle Förderung für das Globale Lernen und für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit im Inland sollten ausgeweitet werden. Der Bund sollte, wie vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) gefordert – drei Prozent der Gesamtausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit (ODA) für entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zur Verfügung stellen. In einem ersten Schritt halten wir eine Aufstockung auf 50 Mio. EUR pro Jahr für notwendig sowie eine relevante jährliche Erhöhung, bis die Zielmarke erreicht ist – in diesem Sinne unterstützen wir die Forderungen des Verbandes Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO).

2. Konsum, Handel, öffentliche Beschaffung - fair und nachhaltig

Eine zukunftsfähige, ökologisch und sozial nachhaltige Entwicklung erfordert eine grundlegende Änderung unserer Wirtschaftsweise. Wir erleben wachsende soziale Ungerechtigkeiten und Kluften. Wirtschaftliche Teilhabe ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Beteiligung. Wir brauchen eine Kehrtwende zu einer demokratisch gestalteten und am Gemeinwohl ausgerichteten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wesentliche entwicklungspolitische Weichenstellungen werden in der EU-Handels- und Investitionspolitik vorgenommen. Anstatt die Globalisierung sozial gerecht zu gestalten, werden die Rechte von Unternehmen einseitig ausgeweitet. Wir brauchen eine Handelspolitik, die sich an globaler Gerechtigkeit, Langfristigkeit und Partnerschaft orientiert. Öffentliche Einrichtungen haben mit ihrem Einkaufsverhalten eine starke Marktmacht, die sie für die Durchsetzung und Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards nutzen können.

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

Handelsabkommen gerecht gestalten

Handelsabkommen sollten in unabhängigen Untersuchungen menschenrechtlichen Folgenabschätzung unterzogen und ihre Auswirkungen auf Länder des Südens grundsätzlich in jeder Verhandlungsphase einbezogen werden. Die Ergebnisse der Untersuchungen sollten im Handlungsmandat verbindlich berücksichtigt werden. Der Schutz von Märkten in Ländern des Globalen Südens sollte gewahrt bzw. ermöglicht werden.

Europäische Wirtschaftsabkommen (EPAs) aussetzen

- Die Bundesregierung sollte sich für eine 10-jährige Aussetzung aller Wirtschaftspartnerschafts-abkommen mit allen afrikanischen Ländern oder Regionen und für die Nutzung der existierenden Alternativen zu den höchst problematischen und entwicklungsschädlichen EPAs einsetzen.

Laut EU-Kommission verfolgen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit den AKP-Ländern das Ziel, letztere besser in den Weltmarkt zu integrieren und Regionalintegration zu fördern. 14 Jahre Verhandlungen, in denen afrikanische Partnerländer stark unter Druck standen, haben jedoch zu einem Regelungschaos geführt. Allein Westafrika weist vier unterschiedliche Marktzugänge zur EU auf. Die EPAs werden zudem von vielen zivilgesellschaftlichen und politischen Akteur*innen kritisiert, weil sie vor allem der EU, kaum aber den afrikanischen Partnerländern nutzen und nicht auf wirklicher Augenhöhe verhandelt wurden. Die negativen Auswirkungen der Abkommen auf Ernährungssouveränität, Industrialisierung, Verlust durch Staatseinnahmen durch weniger Zölle und Einschränkung politischer Handlungsfähigkeit sind groß. Vor diesem Hintergrund besteht die Gefahr, dass sich negative Konsequenzen von – ebenfalls vielfach kritisierten – Strukturanpassungsprogrammen von Weltbank und IWF sowie durch WTO-Bestimmungen, verstärken, etwa indem sie zu Zerstörung oder Verschlechterung der Lebensgrundlagen und somit zu Flucht und Migration beitragen. Regionalintegration, selbst in der „reduzierten“ Perspektive der EU-Kommission als Zwischenschritt zur Weltmarktintegration, kann unter diesen Umständen nicht funktionieren.

Öffentliche Beschaffung konsequent nach sozial-ökologischen Kriterien

- Die Einhaltung elementarer Menschen- und Arbeitsrechte und die Zahlung existenzsichernder Löhne als verbindliches Kriterium in der öffentlichen Beschaffung.

Grundlegende Sozialstandards, mindestens entsprechend der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), sollten bei allen öffentlichen Beschaffungen verbindlich berücksichtigt werden. Die Einhaltung sollte mittels vertrauenswürdiger Gütezeichen nachgewiesen werden. Bundesbehörden sollten hierbei mit Vorbildcharakter voranschreiten. Der Gesetzgeber sollte verbindliche Grundlagen schaffen, bzw. verbessern. In diesem Zusammenhang sollte das Vergabegesetz 2016 aktualisiert und ergänzt werden.

Es sollten Zielmarken zur Steigerung des Einkaufs nach Nachhaltigkeitskriterien eingeführt und regelmäßig überprüft werden. Die Kompetenzstelle für Nachhaltige Beschaffung beim Bundesinnenministerium (KNB) sollte personell wie finanziell aufgestockt werden. Maßnahmen der Qualifizierung, Fortbildungen und Verbreitung von Positivbeispielen sollten deutlich ausgebaut werden. Nachhaltige Beschaffung sollte fester Bestandteil der Ausbildung der Verwaltungsmitarbeiter*innen (insbesondere im gehobenen und höheren Dienst) werden. In Zusammenarbeit mit den Bundesländern sollte angeregt werden, in allen Bundesländern Länder-Kompetenzstellen für Nachhaltige Beschaffung einzurichten.

Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten verbindlich verankern

- Verbindliche nationale wie internationale Regeln und einklagbare Rechte für die von Umweltschäden, Menschenrechtsverletzungen und unwürdigen Arbeitsbedingungen betroffenen Menschen. Das freiwillige Engagement von Unternehmen reicht nicht aus, um ökologische, soziale und menschenrechtliche Standards im Zusammenhang mit ihrer Geschäftstätigkeit wirksam durchzusetzen.
- Eine gesetzliche Grundlage für die Einhaltung der menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht, ähnlich wie dies in anderen europäischen Ländern bereits verankert wurde.
- Bestehende Hürden im Rechtszugang sollten abgebaut und die Möglichkeit für Kollektivklagen eingeführt werden. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen brauchen Zugang zu Recht und die Möglichkeit Entschädigungen einzufordern
- Deutschland sollte sich auch international für verbindliche Sorgfaltspflichten für Unternehmen und den Rechtszugang der von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen einsetzen sowie sich konstruktiv an den Verhandlungen zu einem UN Binding Treaty für Wirtschaft und Menschenrechte beteiligen.

Verpflichtung von Unternehmen mit Beteiligung des Bundes

Unternehmen mit Beteiligung des Bundes sollten vertraglich dazu verpflichtet werden, Sorgfaltspflichten einzuhalten und Sozialstandards in ihrem Produktionsablauf zu berücksichtigen. Subventionen und Außenwirtschaftsförderung des Bundes erhalten nur noch Unternehmen, wenn Sorgfaltspflichten eingehalten worden sind. Bundesländern und Kommunen wird empfohlen, analog zu verfahren.

Reduzierte Mehrwertsteuer und Gewährleistungspflichten

Deutschland braucht eine Reform hinzu einem nachhaltigen Steuersystem. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, verschiedene Modelle zu prüfen, z.B. die Einführung einer ökologisch und sozial orientierten Mehrwertsteuer (geringere Zoll- und Steuersätze für nachhaltig zertifizierte Konsumgüter, geringere Unternehmenssteuer für nachhaltige Unternehmen) oder einen reduzierten Mehrwertsteuersatz für Reparaturdienstleistungen und Gebrauchsgüter. Entsprechende gesetzliche

Grundlagen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeits- und Suffizienzaspekten sollten geschaffen und umweltschädliche wie menschenrechtsgefährdende Wirtschaftspraktiken höher besteuert werden.

3. Umwelt und Klima: Nachhaltigkeit ohne fossile Rohstoffe

2015 hat Deutschland sowohl die Agenda 2030 mit ihren globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) als auch das UN-Klimaabkommen in Paris unterzeichnet (SDG-Ziel 13). Zur Umsetzung der SDGs wurden mehrere Prozesse gestartet, so der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (Ziel 8, 9 und 12) und der Nationale Aktionsplan Nachhaltiger Konsum (SDG-Ziel 12). Auch die Nationale Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung soll der Umsetzung der SDGs dienen. Andere Entscheidungen der bisherigen Bundesregierung standen der Umsetzung aber diametral entgegen, so der Bundesverkehrswegeplan, der Ausbau der industriellen Landwirtschaft oder das Fehlen eines Ausstiegsplans aus der Kohleverstromung.

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

Energie und Klima

- Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2035. Dabei ist der Reduktionspfad entscheidend: bis 2025 muss die Hälfte der Kapazitäten abgebaut werden
- Stopp von im Bau oder in Planung befindlicher Kohlekraftwerke
- Keine Finanzierung oder Beratung vom Bau oder in Planung befindlicher Kohlekraftwerke durch Bundesmittel (kfw, GIZ u.a.)

Rohstoffe

- Absolute Senkung des Rohstoffverbrauchs durch Effizienzsteigerungen, Suffizienzbemühungen, Lenkungssteuern sowie den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur und den Einsatz von Sekundärrohstoffen
- Stopp aller Vorhaben zum Abbau mineralischer Ressourcen in der Tiefsee
- Nutzung aller Spielräume bei der Umsetzung der EU-Konfliktmineralien-Verordnung (inkl. Sanktionsmöglichkeiten bei Nichtbefolgung von Unternehmen)
- Der Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte und die EU-Konfliktmineralien-Verordnung sollten bei der geplanten Überprüfung 2020 (NAP WiMr) bzw. in 2 Jahren (Konfliktmineralien) streng begutachtet werden
- Verstärktes Engagement gegen Steuervermeidung im Rohstoffsektor
- Transparente Strukturen in der deutschen Rohstoffpolitik statt privilegiertem Zugang für die Industrie

4. Migration und Entwicklung

*Migration stellt den Normal- und nicht den Ausnahmezustand europäischer Gesellschaften dar. Vor diesem Hintergrund sind migrantisch-diasporische Selbstorganisationen und politisch aktive Menschen mit Migrationsbiographie fester Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland. Trotzdem bestehen weiterhin eklatante Hürden für eine gleichberechtigte Partizipation dieser Akteur*innen in politischen Prozessen. Die agl setzt sich dafür ein, dass migrantisch-diasporische Akteur*innen auf allen Ebenen real beteiligt und ihre Kompetenzen und ihr Engagement stärker sichtbar gemacht werden.*

*Gerade jetzt im Jahr 2017 – im Themenkomplex von Flucht und Migration – kommt den Akteur*innen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit eine noch wichtigere Rolle zu. Zuwanderung nach Deutschland stellte eine Herausforderung für die bestehenden Systeme wie auch für die hiesige Bevölkerung dar.*

*Die Debatte über Migration stellt uns aber auch zwangsläufig vor die Frage, wie wir die Gesellschaft, in der wir leben, gestalten wollen. Migration ist kein neues, sondern ein historisches und globales Phänomen - und hat Gesellschaften auf allen Ebenen des Zusammenlebens gewinnbringend verändert. Trotzdem ist die aktuelle Situation geprägt von Ängsten und Verunsicherungen, vielerorts aber auch von negativer Stimmungsmache und mangelnder Information von Bürger*innen. Genau hier setzt Bildungs- und Informationsarbeit an. Mehr Verständnis für globale Zusammenhänge sowie interkulturelle Kompetenz und Empathie zu vermitteln, ist gerade jetzt wichtig, um Impulse für ein friedliches Zusammenleben zu liefern und einer Spaltung unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Entwicklungspolitische Bildungsarbeit ist ein geeignetes Instrument und ein zentrales Arbeitsfeld von Nichtregierungsorganisationen, um das Verständnis der Menschen für globale Entwicklungen und Interdependenzen zu fördern und Anstöße für konkrete Handlungsoptionen zu geben.*

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

Entwicklungspolitik darf nicht zur Migrationsabwehr instrumentalisiert werden

Migrationpolitik heißt nicht, Migration zu verhindern: Entwicklungspolitik darf nicht als Mittel zur Migrationsabwehr instrumentalisiert werden. Migration sollte ein Grundrecht sein und sollte auch als solches verstanden und ausgestaltet werden. Dies bedeutet insbesondere die Schaffung neuer Migrationsmöglichkeiten sowie eine Abkehr von den derzeitig verhandelten „Flüchtlingsdeals“ mit verschiedenen Staaten zur Unterbindung von Migration. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass Sterben auf Fluchtwegen zu verhindern und Abschiebungen in nachweisliche Kriegsgebiete auszusetzen.

Bildungs- und Informationsmaßnahmen

Bildungs- und Informationsmaßnahmen, die im Rahmen des Globalen Lernens das Verständnis von Migration und globalen Zusammenhängen fördern und zum Abbau von Vorurteilen in der Bevölkerung führen, sind gezielt und in stärkerem Maße zu unterstützen. Insbesondere der Bereich der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit sollte in der Zivilgesellschaft gefördert werden, wie etwa durch verstärkte Einbeziehung migrantisch-diasporischer Gruppen in die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und durch spezielle Fördermaßnahmen mit erleichtertem Zugang. Diesem Bewusstsein sollte in der aktuellen Situation und in den Debatten über Migration eine gesteigerte Bedeutung zukommen. Es sollten Ansätze gefördert werden, die den Negativbildern von Migrant*innen, Schwarzen Menschen und People of Color in der Öffentlichkeit entgegenzutreten, Verunsicherung der Menschen aufgreifen und andere, konstruktive Perspektiven aufzeigen und

globale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen. Globale Identitäten müssen als etwas grundsätzlich Positives verstanden werden.

Internationale Partnerschaften auf Augenhöhe

Internationale Partnerschaften sollten auf Augenhöhe gestaltet werden, nur so können sie zur gerechten und globalen Nachhaltigkeit führen und die Umsetzung der SDGs vorantreiben. Auch dafür sollten die in Deutschland aktiven migrantisch-diasporischen Organisationen befähigt und gefördert werden, um auf Augenhöhe zu partizipieren. Dafür sollten direkte Partnerschaften zwischen migrantisch-diasporischen Organisationen und ihren internationalen Partner*innen weiter gestärkt werden. Dies betrifft Projekte in bestehenden Eine Welt-Netzwerken ebenso, wie vermehrt Projekte, in denen migrantisch-diasporische Organisationen eigenständige Träger sind.

Global Citizenship Education

Die Stärkung der Debatte um „Global Citizenship Education“ als transformativer Bildungsansatz für Weltbürger*innen und ihrer Beziehungen auf Augenhöhe in der Globalisierung. Dazu gehört auch die Einbeziehung von Perspektiven aus dem Globalen Süden auf die Frage, was nachhaltige Entwicklung ist und wie diese umzusetzen ist, wie z.B. Ubuntu, Buen Vivir oder gandhianisch inspirierte Perspektiven auf dezentrale Entwicklung.

(Kommunales) Wahlrecht und Staatsbürgerschaft

Einführung des Kommunalwahlrechts für Migrant*innen. Wir unterstützen die Initiative "Freiburger Wahlkreis 100%". Beim Staatsbürgerrecht sollte die Bundesregierung den bereits 1998 eingeschlagenen Weg, weg vom „Blutsrecht“ hin zum geburtsbezogenen Aufenthaltsrecht, weiter fortschreiten. Menschen, die in Deutschland geboren sind, sollten auch die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten, unabhängig von Herkunft der Eltern. Nur so kann eine staatsbürgerliche Integration gelingen. Außerdem soll die Möglichkeit der doppelten Staatsbürgerschaft für alle Menschen ausgebaut werden.

5. Partizipation und Zivilgesellschaft stärken

*Zivilgesellschaftliche Akteur*innen spielen in der Großen Transformation und in der Umsetzung der Agenda 2030 eine entscheidende Rolle: als „Pioniere des Wandels“, Impulsgeber, Organisator*innen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung über Ziele und Wege des Wandels, als Gegengewicht zu wirtschaftlichen Interessen und als Korrektiv der Politik. Beispiele sind etwa die Ökologie-Bewegung, der Fair-Handels-Gedanke oder entwicklungspolitische Leitlinien in den Bundesländern – zivilgesellschaftliches Engagement hat stets viele wichtige Impulse für die Politik gesetzt.*

*Die tiefgreifenden Veränderungen vor denen wir stehen, werden auch weiterhin nur mit Beteiligung der Bürger*innen an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen umsetzbar sein. Dabei sollte gewährleistet sein, dass die Beteiligung im Sinne umfassender Inklusion („leave no one behind“) alle Menschen erreicht und mitnimmt. Wichtig ist dabei auch, dass Mitbestimmungsmöglichkeiten parallel auf Bundesebene und auf lokaler Ebene umgesetzt werden.*

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

Nachhaltigkeitsstrategie politisch wirksam und partizipativ gestalten

Es gibt mit dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) und dem Nachhaltigkeitsrat zwei hochkarätig besetzte Beratungsgremien mit hoher Fachkompetenz, die derzeit aber noch nicht die Breite der zivilgesellschaftlichen Akteur*innen repräsentieren, bzw. nicht in der zivilgesellschaftlichen Basis verankert sind. Wir wünschen uns eine ambitionierte Umsetzung der in der Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie dargestellten Beteiligungsschritte, etwa die Beteiligung gesellschaftlicher Gruppen an der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Staatssekretär-Ausschusses. Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie ist das Hauptinstrument zur Umsetzung der SDGs in Deutschland. 2019 ist der erste Fortschrittsbericht geplant.

- Es sollte frühzeitig analysiert werden, welche Zielindikatoren nicht erreicht werden können.
- Die Weiterentwicklung der Zielindikatoren sollte in einem gesellschaftlichen, partizipativen Prozess erfolgen.
- Darauf aufbauend sollten weitere politische Maßnahmen entwickelt werden, die die Zielerreichung sicherstellen.
- In das geplante Dialogformat „Forum Nachhaltigkeit“ im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie sollten systematisch relevante zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbände als ständige Mitglieder einbezogen werden, damit zivilgesellschaftliche Vorstellungen und Expertisen eingebracht werden können. Dieses Gremium sollte das Mandat erhalten, die Umsetzung der Agenda 2030 und entwicklungspolitische Kohärenz der Bundespolitik kritisch zu begleiten.
- Es sollte ein Nachhaltigkeitscheck in Gesetzgebungsverfahren eingeführt werden, der die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie als Richtschnur für politisches Handeln sicherstellt.
- Neben den Beteiligungsgremien sollten auch öffentliche, bundesweite Dialog- und Leitbildprozesse zur Agenda 2030 und öffentliche Debatten über die Fortschrittsberichte durchgeführt werden.

Gemeinnützigkeitsrecht und Grundgesetz

Nachhaltigkeit ist bislang nicht grundgesetzlich verankert. Um unsere Verantwortung im ‚Hier und Jetzt‘ und für folgende Generation festzuschreiben, plädieren wir dafür, Grundprämissen der Nachhaltigkeitsstrategie auch im Grundgesetz zu verankern. Außerdem sollte das Gemeinnützigkeitsrecht überarbeitet werden. Dieses ist noch nicht in ausreichendem Maß Agenda-2030-kompatibel. Das in diesem Sinne politische und transformative Engagement von Bürger*innen

sollte unzweifelhaft und unabhängig von der Interpretation der jeweiligen lokalen Finanzbehörde als gemeinnützig anerkannt werden.

Einführung von verbindlichen Regeln für Partizipation

Die gelungene Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft im Agenda 2030-Prozess ist nicht nur Erfordernis für das Gelingen, sondern sollte auch Grundprinzip für nachhaltige demokratische Entwicklung sein. Die agl ist überzeugt davon, dass sich konsequentes Einbeziehen der Zivilgesellschaft gesamtgesellschaftlich auszahlt: Menschen können sich einbringen und Politik mitgestalten. Sie lernen, sich konstruktiv miteinander auseinanderzusetzen, Erfahrungen mit politischen Aushandlungsprozessen zu sammeln und Demokratie wertzuschätzen. Demokratische Kultur wird so gestärkt, während Politikverdrossenheit und „Hasskultur“ entgegengewirkt wird. Dies erachten wir als Voraussetzungen, dass Menschen global denken und lokal handeln können und sich eine Gesellschaft so besser den Herausforderungen der Globalisierung stellen kann.

Die Partizipation von zivilgesellschaftlichen Organisationen in politischen Prozessen sollte verbindliche und nachhaltige Regeln erhalten – es sollten dafür gültige Leitlinien und Qualitätsstandards gemeinsam mit der Zivilgesellschaft aufgestellt und verankert werden.

Schon jetzt gibt es viele Praktiken der Stakeholderabstimmung, der Beiräte, Round Tables und Steuerungsgruppen. Dennoch sind viele Prozesse noch nicht konsequent genug und auf eine breite Beteiligung ausgerichtet. Formate und Anforderungen zur Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen werden häufig nicht konkret benannt, sondern obliegen der Interpretation der durchführenden Stellen. Dies birgt die Gefahr von „Scheinpartizipation“: Partizipationsprozesse werden formalisiert ausgestaltet, schlagartig beendet oder manche Ergebnisse am Ende von den durchführenden Stelle abgeschwächt oder gar ignoriert. Auch können bestimmte Akteur*innen dominieren oder zivilgesellschaftliche Organisationen in die Rollen von Ausführungsorganen von Regierungs- oder Behördenhandeln gedrängt werden. Erfahrungsgemäß kommt es auch immer wieder vor, dass Prozesse begonnen werden, ohne das jeweilige Umfeld und die Akteurslandschaft ausreichend erkundet zu haben. Vorherige Umfeld- und Akteursanalysen sowie die frühzeitige Einbindung der Zivilgesellschaft in Vorhaben und Dialogprozesse sind daher ebenso unerlässlich für den Aufbau neuartiger Bündnisse, wie die Förderung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation.

Wir brauchen daher Grundregeln – etwa in Form von Leitlinien oder eines Kodex – auf deren Grundlage Einbindungsprozesse der Zivilgesellschaft glaubwürdig, gerecht und nachhaltig durchgeführt werden.

6. Internationale Kooperationen und Partnerschaften auf Augenhöhe

Globale Krisen erfordern globale Lösungsansätze. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen weltweit, die sich für nachhaltige Entwicklung und globale, soziale und ökologische Gerechtigkeit einsetzen, spielen hierbei eine wichtige Rolle. Sie identifizieren Problemstellungen, sind oftmals Vorreiter bei der Erarbeitung und Erprobung von Lösungsstrategien und bauen politischen Druck auf, um letztere umzusetzen. Internationale Kooperationen und Partnerschaften – die Beispiele reichen von Partnerschaften zu Verbesserung von Infrastruktur, Wiederaufforstung, Wasserversorgung, Schulbau, Stärkung der Zivilgesellschaft oder auch Bildungs- und Jugendaustausch. Sie sind getragen von einem Anspruch internationaler Solidarität, ein hohes und zu förderndes Gut und ein zentrales Element im Sinne der Agenda 2030 und der SDGs. Dies betrifft neben inhaltlichen auch administrative Prozesse.

*Die Unterstützung internationaler Partnerschaftsarbeit ist zudem ein Mittel gegen Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus. Viele zivilgesellschaftliche Akteur*innen engagieren sich seit Jahrzehnten in diesem Arbeitsfeld, andere kommen in jüngster Zeit hinzu. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie für Weltoffenheit eintreten und diese in ihren Partnerschaften leben und nach außen spiegeln.*

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

Förderung internationaler Partnerschaften und Debatten

- Internationale Partnerschaften von Akteur*innen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Kirchen, Verwaltung etc. auf allen Ebenen zu fördern als Foren, in denen nachhaltige Lösungen für globale Probleme diskutiert werden und von guten Lösungen und Ansätzen in den Ländern des Südens gelernt wird (Beispiele: nachhaltige Konzepte der Wohltandsmessung, alternative Wirtschafts- und Bildungsmodelle und Philosophien wie „Buen Vivir“). Ziel 17 der SDGs ist mehr als wirtschaftliche Zusammenarbeit!
- Die Schaffung und zuverlässige Finanzierung von Strukturen zur Beteiligung an internationalen Diskussionen/Debatten und Projekten zur Umsetzung der SDGs. Nur so können gemeinsame Lösungen erarbeitet werden, um den komplexen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht zu werden. An dieser Art der Partnerschaftsarbeit sollte die Zivilgesellschaft und da insbesondere auch kleinere Organisationen, beteiligt werden.
- Lernprozesse in Partnerschaften unterstützen und fördern. Partnerschaften sollten im zeitgemäßen Kontext immer wieder neu gedacht und gelernt werden. Dazu gehört auch die Politisierung und Sensibilisierung von Partnerschaften im Hinblick auf die Agenda 2030. Hierzu sollte die Bundesregierung die Zivilgesellschaft politisch weiterhin stärker fördern, auch finanziell.

Verbesserungen in der Erteilung von Visa

Die Arbeit der Zivilgesellschaft fördern und erleichtern, indem die Bewilligung von Visa für Austausch-, Lern- und Begegnungsreisen innerhalb internationaler Partnerschaften in beide Richtungen unterstützt wird. Hier sind deutliche Verbesserungen, bzw. Lösungen in der Zusammenarbeit mit den Partnerländern notwendig.

7. Regionale Strukturentwicklung

Aufgrund der zunehmenden und schnell voranschreitenden weltweiten Urbanisierung, liegt der Fokus wirtschaftlicher, politischer und sozialer Ansätze oftmals auf den Städten. Auch die aktuelle Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung erwähnt die ländlichen Regionen (nur) am Rande. Der Ausbau der ländlichen Infrastruktur sei zudem noch nicht ausreichend vorangeschritten. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat 2016 in seiner Abhandlung „Die transformative Kraft der Städte“ darauf hingewiesen, dass die Urbanisierung meist auf Kosten der umliegenden ländlichen Regionen geschehe und dadurch ein einseitiger Ressourcenabfluss gefördert werde. Um globale Herausforderungen wie Klimawandel oder soziale Ungerechtigkeit anzugehen und dem aufkommenden Rechtspopulismus entgegenzutreten, sollte hier ein Umdenken stattfinden, um Ressourcen nachhaltig und effizient für Stadt und Land zu nutzen und gesellschaftliche Transformationsprozesse in allen Regionen zu erzielen. Um diese Herausforderungen zu meistern, braucht es eine starke Zivilgesellschaft, die hier ein Umdenken anstößt und Modellprojekte initiiert.

Unsere Impulse für die künftige Bundesregierung:

Förderung polyzentrischer Stadt- und Raumstrukturen

- Stadt und Land sollten zusammen und integrativ-ergänzend betrachtet und mit dem Leitbild „polyzentrischer“ Stadt- und Raumstrukturen als regionale Zusammenhänge gefördert werden, auch zur effektiven Ressourcennutzung. Wie der WBGU empfiehlt, können polyzentrische Strukturen Lebensqualität in Städten verbessern, soziale Durchlässigkeit und kulturelle Diversität fördern sowie die Verdrängung von Menschen in urbane und regionale Randgebiete entgegenwirken und soziale Klüfte abbauen. Dazu gehört die Förderung (regionaler) erneuerbarer Energien, von (regionalen) Kreislaufwirtschaften sowie adäquater infrastruktureller und technologischer Innovationen. (WBGU : <http://www.wbgu.de/stellungnahmen/2017-nua/>)
- Die bedeutende Rolle ländlicher Regionen als Ressourcenlieferant sollte wirtschaftlich und gesellschaftlich stärker gewürdigt werden und sich in einem Ausbau der ländlichen Infrastruktur, u.a. Mobilität, widerspiegeln. Der Bund sollte Kommunen in diesem Sinne gezielt fördern.
- Polyzentrische Ansätze sollten auch in der Entwicklungszusammenarbeit stärker einbezogen werden, da in vielen Ländern des globalen Südens die Urbanisierung und Landflucht große Risiken birgt.

Förderung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen in strukturschwachen Regionen

- Ansätze zur Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im ländlichen Raum sowie zwischen Stadt und Land, sollten vermehrt gefördert werden, um die politische und gesellschaftliche Teilhabe der Menschen in strukturschwachen Regionen zu gewährleisten. Hierbei sollte die finanzielle Förderung von Personal und Räumlichkeiten bedacht werden, um Strukturen aufzubauen und zu verstetigen.
- Spezielle Förderungsangebote für entwicklungspolitische und migrantische Projekte sowie Projekte der politischen Bildung im ländlichen Raum sollten weiter ausgebaut werden, inkl. einer stärkeren Personal- und Strukturförderung.
- Die Förderung der Zivilgesellschaft sollte, wie in der Nachhaltigkeitsstrategie erwähnt, durch die Schaffung „richtiger Rahmenbedingungen“ ausgebaut werden. Dazu sollte der Zugang zu Fördermitteln für Kleinstprojekte, Aktionen und Kampagnen erleichtert und bürokratisch vereinfacht

werden, um dem zunehmenden Aktionscharakter des Engagements Rechnung zu tragen. Bestehende Fördertöpfe, wie das Aktionsgruppenprogramm von Engagement Global, sollten aufgestockt werden.

- Die Bundesregierung sollte das Promotor*innen-Programm weiter ausbauen und nicht zuletzt vor dem Hintergrund des aufkommenden Rechtspopulismus die Arbeit der Regionalpromotor*innen in strukturschwachen Regionen stärken, da diese eine bedeutende Rolle für den Aufbau zivilgesellschaftlicher entwicklungspolitischer Strukturen in den Regionen spielen.

Zivilgesellschaft vor Ort in politische Praxis einbinden

- Das Eine Welt- Promotor*innen-Programm sollte von den Ministerien verstärkt genutzt werden und als Schnittstelle zu den zivilgesellschaftlichen Eine Welt-Akteur*innen dienen, um die Einbindung dieser in politische Prozesse zu gewährleisten.
- Die neu aufgebauten Regionalen Netzstellen Nachhaltigkeitsstrategien (RENN) sollen dazu angehalten werden, eng mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen der Eine Welt-Arbeit, Eine-Welt-Landesnetzwerken und Eine-Welt-Promotor*innen vor Ort zusammenzuarbeiten.

Die Eine Welt-Landesnetzwerke in Deutschland



DEAB Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg e.V.
Fon: 0711/66 48 73 60, Fax: 0711/6453136
info@deab.de
www.deab.de

Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.
Fon: 089/35 04 07 96
info@eineweltnetzwerkbayern.de
www.eineweltnetzwerkbayern.de

BER Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag e.V.
Fon: 030/42 85 15 87, Fax: 030/49855381
info@eineweltstadt.berlin
eineweltstadt.berlin

VENROB Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V.
Fon: 0331/70 489 66, Fax: 0331/2708690
info@venrob.org
www.venrob.org

BeN Bremer entwicklungspolitisches Netzwerk e.V.
Fon: 0421/69 53 14 23, Fax 0421/171016
info@ben-bremen.de
www.ben-bremen.de

Eine Welt Netzwerk Hamburg e.V.
Fon: 040/35 893 86, Fax: 040/3589388
info@ewnw.de
www.ewnw.de

EPN Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen e.V.
Fon: 069/91 39 51 70, Fax: 069/295104
info@epn-hessen.de
www.epn-hessen.de

Eine-Welt-Landesnetzwerk Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Fon: 0381/20 37 38 46, Fax: 0381/4902491
info@eine-welt-mv.de
www.eine-welt-mv.de

VEN Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.
Fon: 0511/39 16 50, Fax: 0511/391675
info@ven-nds.de
www.ven-nds.de

Eine Welt Netz NRW e.V.
Fon: 0251/28 46 69-0, Fax: 0251/294669-10
info@Eine-Welt-Netz-NRW.de
www.Eine-Welt-Netz-NRW.de

ELAN Entwicklungspolitisches Landesnetzwerk Rheinland-Pfalz e.V.
Fon: 06131/97 208 67, Fax: 06131/9720869
info@elan-rlp.de
www.elan-rlp.de

NES Netzwerk Entwicklungspolitik im Saarland e.V.
Fon: 0681/938 52-35, Fax: 0681/938 52-64
info@nes-web.de
www.nes-web.de

ENS Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsens e.V.
Fon: 0351/49 233 64, Fax: 0351/4923360
kontakt@einewelt-sachsen.de
www.einewelt-sachsen.de

EINE WELT Netzwerk Sachsen-Anhalt e.V.
Fon: 0340/23 011 22; Fax: 0340/2301121
ewnsa@web.de
www.ewnsa.de

BEI Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein e.V.
Fon: 0431/67 93 99-00 Fax: 0431/679399-06
info@bei-sh.org
<http://www.bei-sh.org>

Eine Welt Netzwerk Thüringen e.V.
Fon: 03641/22 499 50, Fax: 03641/22 49 949
buero@ewnt.de
<http://www.ewnt.de>

Über die agl

Die Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (agl) ist der bundesweite Dachverband der 16 Eine Welt- Landesnetzwerke. Die agl unterstützt ihre Mitglieder in deren Engagement für eine zukunftsorientierte globale Entwicklung, die auf den Prinzipien von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit, Demokratie und Partizipation beruht. Auf Landesebene haben sich Eine Welt-Gruppen, Initiativen und Nichtregierungsorganisationen zu Eine Welt-Landesnetzwerken zusammengeschlossen. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit der Eine Welt- Landesnetzwerke leistet einen entscheidenden Beitrag zur Gestaltung einer zukunftsfähigen, sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Durch ihre Arbeit tragen sie dazu bei, in der Bevölkerung ein Bewusstsein für globale Zusammenhänge zu fördern. Gemeinsame Ziele der Arbeit von agl und Eine Welt-Landesnetzwerken sind die Professionalisierung und der Ausbau der Arbeit lokaler Eine Welt-Gruppen. Die agl erreicht über ihre Mitgliedsverbände bundesweit rund 10.000 entwicklungspolitische Gruppen und Vereine. Die agl ist Mitglied im Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO).

Die agl ist zusammen mit der Stiftung Nord-Süd-Brücken auf Bundesebene und auf Länderebene mit den Eine Welt-Landesnetzwerken Träger des Eine Welt-Promotor*innen-Programms (www.einewelt-promotorinnen.de).